

Bezugpreis: Vierteljahr 6.75 Mk. monatlich 2.25 Mk. frei ins Haus...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparativtabelle kostet 30 Hg. Kleine Anzeigen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Northplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 2. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Northplatz, Nr. 11753-54.

Räumung Rigas.

Die Räumung Rigas vor den Bolschewiki.

Riga, 1. Januar. Am Silbestertag haben die deutschen Streitkräfte der eisernen Division ihre Stellungen bei Hingenberg...

jedes Mittel anwenden muß, um drohenden Gefahren wirksam begegnen zu können.

Dieses Verständnis geht den Leuten der „Roten Fahne“ völlig ab. Das wird wohl am besten bewiesen durch die anderthalb Seiten bedeckende Veröffentlichung von Belegen...

Sollte man das wohl ohne Soldaten machen, Köhlein?

Regierung und Ostfragen.

Die Regierung wird sich heute nachmittag in einer Sitzung mit den Ostfragen beschäftigen.

Neue Verhaftungen in München.

München, 2. Januar. Ueber neue Verhaftungen berichtet die „München-Kugelhörner Abendzeitung“: Am Abend des Neujahrstages wurde von Soldaten unter dem heftigsten...

Erleichterungen für das Wahlgeschäft in den besetzten Gebieten.

Darmstadt, 2. Januar. Ausbruch vom französischen Kommando an die hessische Regierung in Darmstadt: Gemäß den von dem Oberbefehlshaber der alliierten Truppen empfangenen Befehlen werden folgende Erleichterungen...

Deutschösterreichs Wille zur Föderation.

Das deutschösterreichische Staatsamt hat am 25. Dezember eine Note an das diplomatische Korps aller in Wien vertretenen Mächte gerichtet, in der um Anerkennung der neuen Republik als freier souveräner Staat gebeten wird.

Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien.

Die Verhandlungen, die gestern in Katowitz zwischen den Volksbeauftragten Girsch und Landsberg, den Gewerkschaftsführern und den Vertretern der freistehenden Arbeiter stattfanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollen.

Der Führerberuf der deutschen Sozialdemokratie.

Nur 17 Tage trennen uns noch von den Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Neujahrskauf der sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk spiegelt die Zuversicht, aber auch das tiefe Verantwortungsgedühl, mit dem die Partei an ihre ungeborene Aufgabe herantritt.

Es ist wahrlich kein leichtes Los denen zugefallen, die in dieser Zeit dem deutschen Volke Führer sein müssen, und keiner von uns hat sich den Sieg der Sozialdemokratie so geträumt, wie er gekommen ist und nach unserer Erwartung durch das Volksurteil des 19. Januar bestätigt werden wird.

Aber kein Mensch kann sich sein Schicksal wählen, und auch keine Partei kann es. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen voran, müssen die schwerste Probe vollbringen, die je einer Partei zugefallen ist, und wir wollen mit ihr vor Volk und Geschichte bestehen.

Der Aufstieg der sozialdemokratischen Partei zur Regierung ist durchaus kein eruptiver Prozeß, der sich in den Novemberereignissen plötzlich vollzogen hat. Er hat sich in Jahrzehnten allmählich vorbereitet, hat während des Krieges an Schnelligkeit der Entwicklung zugenommen und ist dann durch die Revolution zur Reife gebracht worden.

Die Arbeiterbewegung wurde das große Staubkorn, in dem sich alle Kräfte der Zukunft sammelten. Zunahme künstlich zurückgehalten, haben sie durch ihren Durchbruch auch manche Verheerung verursacht, aber ihrer Bestimmung, fruchtbar zu wirken und die Energiezentrale aller künftigen Schöpfungen zu sein, ist sie dadurch nicht entzogen worden.

Wenn wir unter den Parteien Umschau halten, welche von ihnen könnte wohl in stande sein, die Sozialdemokratie aus ihrer geschichtlich gewordenen Führerrolle abzulösen?

Wir finden rechts die letzten Trümmer der alten reaktionären Klassenparteien in der „Deutschen Nationalen Volkspartei“ vereint. (Es gibt jetzt überhaupt nur noch Volks- oder demokratische Parteien.) Wer glaubt, daß aus diesem Trümmerhaufen dem deutschen Volk noch eine bessere Zukunft wachsen kann? Man kann sich bemühen, objektiv zu sein und neben dem furchtbaren Verschulden dieser extremnationalistischen Kreise an unserem Unglück auch noch Spuren historischen Verdienstes aus langvergangener Zeit zu entdecken — aber selbst dann wird man noch keinen Augenblick daran zweifeln können, daß die Mission dieser Gruppen erledigt ist. Was immer sie gewesen sein mögen — heute?

Wenn's Götter gäb, aus diesem Berg der Scherben vermöcht ein Gott selbst nicht mehr Frucht zu ziehn!

Zu ihm gehört aber auch die sogenannte „Christlich-nationale Volkspartei“, wie sich das Zentrum jetzt nennt. Diese Partei kann unter demokratischen Verhältnissen niemals eine führende Rolle spielen, weil sie ihrer Natur und Geschichte nach auf einen bestimmten Volksteil, den katholischen, beschränkt ist. Die Zeit der Kulturkämpfe aber ist vorüber, muß vorüber sein; wir haben anderes, wichtigeres zu tun! Wenn das Ungeschied und der Ueberreifer des unabhängigen Kultusministers Adolf Hoffmann uns eine neue Welle des Kulturkampfes gebracht hat, so kann das nur eine vorübergehende Erscheinung sein. An eine Vergewaltigung irgend einer religiösen Ueberzeugung oder konfessionellen Gemeinschaft denkt in der sozialdemokratischen Partei kein Mensch, wie in dem Neujahrskauf der Partei ausdrücklich festgestellt ist. Um nichts anderes handelt es sich, als darum, einen Zustand der Freiheit für alle zu schaffen; die dazu notwendigen Auseinandersetzungen lassen sich aber in einer Weise vollziehen, daß keine berechtigten Empfindungen verletzt werden. Auf keinen Fall aber kann das Zentrum seinen Führerberuf dadurch beweisen, daß es die Funken des Kulturkampfes zu neuer Flamme aufbläst. Die Frage nach der Stellung der katholischen Kirche ist auf keinen Fall die wichtigste Zukunftsfrage für das deutsche Volk.

Die einzige bürgerliche Partei, die mit etwas ernster begründeten Führeranprüben hervortritt, ist die neugebildete „Deutsche Demokratische Partei“. Ihr schwebt das Ziel vor, im neuen Deutschland eine ähnliche Rolle spielen zu können, wie die Radikal-Sozialisten in Frankreich, die unter sozialistischer Etikette stets eine bürgerlich-großparteiliche Partei waren, aber sich durch Hervorheben ihrer demokratisch-republikanischen Gesinnung stets einen starken Anhang zu sichern vermochten. Solche Spekulation überreicht, daß heute die sozialen Probleme viel zu scharf und klar gestellt sind, als daß ein Spiel mit vieldeutigen Kompromissen noch befriedigen könnte. Die „Deutsche Demokratische Partei“ wird entweder als Schutztruppe des Kapitalismus unruhlich untergehen oder sie wird den Gedanken des Sozialismus, dessen Trägerin die Sozialdemokratie ist, ein Anzeichen nach dem anderen machen müssen. Auf keinen Fall ist sie zu einer Führerrolle bestimmt.

Dieser Beruf ist vielmehr ausschließlich der Sozialdemokratischen Partei zugefallen. Als Trägerin demokratischer Ideale von Anfang her, ist sie berufen, die Volksherrschaft in Deutschland zu verwirklichen. Als Vor-

Lämpferin des Sozialismus hat sie die Aufgabe, den — wie keiner von uns verkennt — schwierigen und gefährlichen, aber unvermeidlich notwendigen Uebergang zu neuen Formen der Wirtschaft und der Gesellschaft durchzuführen. Ihr fällt daher auch eine andere Rolle zu als den ungeduldig drängenden und stöhnenden Gruppen der Linken, die sich damit begnügen, ein Ziel zu setzen, ohne nach dem Weg zu fragen. Den Weg zu zeigen, ist Führerberuf.

Die Sozialdemokratie kann ihre weltgeschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn die Masse des arbeitenden Volkes die Größe ihrer Mission begreift. Was durch Zersplitterung der sozialistischen Strömungen erreicht wird, hat die letzte Zeit uns allzu deutlich gezeigt. Das elementare Streben der Arbeitermassen, eine geschlossene Kampffront zu bilden, kann aber wieder nur von der Sozialdemokratie verwirklicht werden. In ihrem Lager müssen sich alle vereinigen, die die inneren Verhältnisse der Niederlage durch planmäßigen Aufbau wieder gut machen, die Errungenschaften der Revolution festhalten und zum Ziele kommender Geschlechter weiter entwickeln wollen.

Freihere Reichstagswahlen, so wichtig sie uns schienen, waren doch immer nur in ständiger, kleine Verschiebungen der Machtverhältnisse zu bringen. Jetzt entscheidet der 19. Januar über die wirkliche Macht, die ganze Macht, und darum ist er ein Tag der Probe für das deutsche Volk, wie es ihn noch niemals erlebt hat. Der Führerberuf unserer Partei ist etwas geschichtlich Gewordenes, und der Spruch des Volkes kann uns seine Ausübung nur erleichtern oder erschweren. Er wird sie uns erleichtern, indem er klare Verhältnisse schafft und die Sozialdemokratie in der Rolle bestätigt, die sie seit dem Ausbruch der Revolution gespielt hat, als die Mehrheitspartei der Nationalversammlung, als die vom Volk empfangene Führerin in schwerster Zeit!

Vormarsch der Tschechen in Oberungarn.

Bei ihrem weiteren Vordringen nach Ungarn sind die Tschechen auf starken ungarischen Widerstand gestoßen. Schwere Kämpfe mit Artilleriebeschuss haben sich entwickelt. Es scheint aber, daß die Stehkraft der Tschechen überlegen ist.

Budapest, 1. Januar. Das Kriegsministerium meldet: Die Tschechen begannen gestern vormittag ihr Vordringen gegen Pozsony und drängten unsere Verteidigungsarmee im Kampf bis zum nördlichen Ufer der Donau zurück. Wir zogen unsere Truppen auf das Südufer der Donau zurück, worauf die Tschechen die Pozsonyer Patronenfabrik und den nördlichen Rand der Stadt besetzten. Wegen ihres Einzuges in die Stadt sind Verhandlungen im Gange.

Aufhebung des Kriegszustandes in Italien.

Lugano, 2. Januar. Die italienische Regierung hebt von Neujahr an fast im ganzen Lande den Kriegszustand auf, d. h. die Ueberordnung der Militärgewalt über die Zivilbehörden.

Die Ministerkrise beigelegt.

Basel, 2. Januar. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ kann die italienische Ministerkrise als beigelegt angesehen werden. Bisolati verläßt die Regierung und wird durch den Abgeordneten Verzani ersetzt. Der Reformsozialist Bonomi tritt als Minister der öffentlichen Arbeiten in das Kabinett ein.

Vereinigung der Sozialisten.

Lugano, 2. Januar. (Telunion.) Nach einer Meldung aus Rom hat die freigelegte sozialistische Unionspartei infolge des Rücktritts Bisolatis beschlossen, zur Opposition überzugehen. Sie verlangt die Schaffung des Völkerrates, die Abschaffung der Geheimdiplomatie, die Offenheit der Friedensverhandlungen für das italienische Volk, eine wirkliche Volkssouveränität, die vollständige Demobilisierung und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Basel, 2. Januar. (Telunion.) Aus Rom wird gemeldet: Nach einer Meldung der „Stampa“ beabsichtigen die italienischen Sozialisten der verschiedenen Richtungen, sich zwecks eines gemeinsamen (täglichsten) Handelns zusammenzuschließen.

Aus der Geschichte unserer Gewerkschaften.

Eine Zeit, in der eine neue Welt im Entstehen ist, eignet sich eigentlich nicht zu Geschichtsbetrachtungen. Revolutionäre Epochen fordern geistlich, daß Menschen von Geist und Mut sich ganz den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft widmen. Insofern, kein Zeitabschnitt der kulturgeschichtlichen Welt kann völlig der Distanz entraten, die die Vergangenheit bietet. Sieht nicht der bedeutende Schriftsteller und Belehrer unserer Tage den im Werden begriffenen Zeit in die revolutionären Perioden der Vergangenheit, um Analogien anzustellen und an dem Verlauf eben dieser hinter uns liegenden gesellschaftlichen Umwälzungen zu lernen? Gerade die Geschichte ist für die moderne Arbeiterbewegung, für deren Wollen und Ziele die große Lehrmeisterin. Sie zu erforschen und die Gegenwart mit den Weisheiten materiell-wissenschaftlichen Denkens zu betrauen, gehört zum Grundgesetz gewerkschaftlicher und sozialistischer Arbeit.

Seben ist in der Buchhandlung Vorwärts eine Arbeit erschienen, die den Sekretär des Zentralarbeitssekretariats Hermann Müller zum Verfasser hat. Müller ist uns kein Unbekannter. Erst aus Anlaß des Marxjubiläums hat er uns in einem Buche die Stellung von Karl Marx gegenüber der Gewerkschaftsbewegung beleuchtet. Er ist auch der Verfasser der Geschichte der Organisation der Lithographen, Steinbrücker und Verwandten der Bunde. Im ersten Bande dieser Gewerkschaftsgeschichte hat er bereits unter Beibringung eines umfangreichen Materials die Zeitumstände und Personen herausgestellt, unter deren Einfluß die deutsche Gewerkschaftsbewegung die ersten Weherschritte machte. Die Müller im Vorwort seines neu erschienenen Buches betont, ist es bei der Abfassung desselben weniger einem inneren Drange, als vielmehr dem an ihn herangetretenen Wunsche gefolgt, den ersten Teil des ersten Bandes seiner Geschichte der Lithographen usw. in einer Sonderausgabe herauszugeben. Der Erfüllung dieses Wunsches haben sich die Zeitumstände und auch die Kostenfrage als ein Hindernis entgegengestellt, so daß er es vorzog, unter Befugnis eines Teils des in dem erwähnten Geschichtswerk verwendeten Materials eine völlige Neubearbeitung des Stoffes vorzunehmen.

Der mit dem Geschichtsmaterial Vertraute wird beim Durchlesen des Müllerschen Buches die Ueberzeugung gewinnen, daß durch die Zusammenfassung und kritische Bearbeitung des Materials das neue Werk an Wert nur gewonnen hat. Die von dem Verfasser aus den geschichtlichen Vorgängen gezogenen Folgerungen sowie die Beurteilung der an der Wiege unserer Gewerkschaften stehenden Personen geben dem Buch eine persönliche Note. Es erfüllt indessen einen doppelten Zweck. Durch die Tat-

Die Casseler Arbeiterschaft für die Regierung.

(Eigenbericht des „Vorwärts“.) Am Neujahrstage kam es in Cassel zu einer maßvollen Kundgebung der Casseler Arbeiterschaft für die Regierung Ebert-Scheidemann, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen wurde. Die drei Säle der Casseler Stadthalle, die bei dieser Gelegenheit zum ersten Male der Sozialdemokratie ihre Pforten öffnete, waren lange vor Beginn der Kundgebung von etwa 6000 Besuchern überfüllt, und Hunderte mußten wieder umkehren. Redner waren Genosse Dr. Quark, Frankfurt, Genossin Quark-Hammerichlag und die Genossen Schöne-Cassel und Hauschild-Cassel. Ein Spartakusmann, der in der Debatte das Wort ergriff, wurde schon beim ersten probierenden Satze durch den Unmut der Versammlung am Weiterreden verhindert.

Die Casseler Sozialdemokratie sieht dem 19. Januar siegeduldig entgegen. Ihr Organ, das „Volksblatt“, hat seit der Revolution 12 000 neue Bezirker, die Parteiorganisation über 8000 neue Mitglieder gewonnen. Die Casseler Gewerkschaften konnten seit dem Tage der Revolution einen Mitgliederzuwachs von 12 000 verzeichnen — wahrlich ein ermutigender Ausblick auf die Zukunft.

Gegen Spartakus.

Frankfurt a. M., 2. Januar. In einer gestern stattgehabten sozialdemokratischen Parteiversammlung, die sehr stark besucht war, wurde über die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei zur Nationalversammlung gesprochen und die Wählbarkeit der Spartakusleute in den Reichstagswahlen beurteilt. Die Hoffnung der extremen Richtung, daß die zurückkehrenden Soldaten in hellen Scharen sich den Terroristen zuwenden würden, habe sich nicht erfüllt. Die alte Partei mit ihrem bewährten Programm sei der Kullminationspunkt für alle politische Betätigung geworden, und sie werde auch diesen Wahlkampf mit aller Kraft und Entschlossenheit im Interesse des Volkes und zur Sicherung der Revolution führen.

Stettin, 2. Januar. Die erste hiesige Spartakusversammlung wurde durch Soldaten und Reichstagssozialisten, welche frühzeitig das Lokal besetzt hatten, vereitelt. Der Berliner Referent erhielt keinen Einlaß mehr. Es folgten Straßenkumgebungen für die Regierung und die Demokratie.

Eichhorn auf dem Berichtigungspfad.

Der Unschuldengel im Polizeipräsidium.

Zu dem am 1. Januar von uns abgedruckten Artikel der P. P. A. verbreitet Polizeipräsidium Eichhorn eine aus 12 Punkten bestehende Berichtigung, für deren sachlichen Wert schon die ersten Punkte bereites Zeugnis ablegen. So lautet Punkt 1:

Es ist unrichtig, daß die russische Sozialdemokratie (Rosa) Organ der russischen Volkspartei ist. Sie ist ein selbständiges Prekursorunternehmen.

Setzt diese Behauptung schon ein hohes Maß von Naivität des Lesers voraus, so mutet die zweite noch merkwürdiger an, die lautet:

Es ist unrichtig, daß mein Gehalt bei der „Rosa“ 1700 M. betrug, wobei ich bemerke, daß ich in einer anständigen Bezahlung auch noch keinen Mangel zu sehen vermag.

Wo waren es 1000 oder 1500 M! Warum nennt Eichhorn, wenn er auf die Berichtigung dieses Punktes so hohen Wert legt, nicht die Summe, die er tatsächlich erhielt? — In dieser Weise „berichtigt“ Eichhorn weiter. In Punkt 5 behauptet er, daß die unklarerer Elemente aus der Sicherheitswehr befreit sind. Das ist richtig, nur mit vorbestrafen Elementen, die ein Mitgliedsbuch der P. P. A. vorweisen konnten, wurden Ausnahmen gemacht. Punkt 11 der Berichtigung lautet:

Unrichtig ist, daß viele Tausende von Gewehren und Revolvern in das Polizeipräsidium geschafft worden sind. Das Polizeipräsidium verfügt nur über die nötige Ausrüstung für die Sicherheitsmannschaften.

Hier sagt Eichhorn sogar die Wahrheit, aber nur die halbe. Richtig ist nämlich, daß Eichhorn viele Tausende Gewehre und Revolver angekauft hat. Eine böse Fama will aber wissen, daß diese nie ins Polizeipräsidium gelangt sind, sondern — vielleicht erzählt uns Eichhorn in seiner nächsten „Berichtigung“, wohin!

sache, daß die Gründer der Gewerkschaftsbewegung zugleich auch führende Personen der politischen Bewegung waren und die Gewerkschaften in den Dienst ihrer politischen Zwecke zu stellen suchten, werden wir zum Teil mit der Geschichte der Sozialdemokratie vertraut gemacht. Daß der Verfasser in übersichtlicher und für jeden leichtverständlicher Form die Rolle aufgezeigt, die der im Innern seines Wesens gewerkschaftsfeindliche Schweizer bei der Gründung der Arbeitervereinigungen gespielt und welcher diktorische Mittel derselbe sich bedient hat, um die Gewerkschaftsbewegung im Parteinteresse zu unterdrücken, ist von großem Wert. Das fragwürdige Spiel Schweizers wurde ihm selbst zum Verhängnis, er trug damit den Keim der Zerkleinerung in die junge Bewegung. Weibel, dessen Stellung zu den Gewerkschaften freiz offen und ehrlich war, erkannte im Verein mit Liebknecht das diktorische Spiel Schweizers, und diese beiden warnten ihn darüber vor, daß ihm an der Diktatur sehr viel, an den Gewerkschaften jedoch sehr wenig gelegen sei. Entgegen der Diktatur Schweizers und den Gründern der Gewerkschaftsbewegung Dr. Dicks und Dunder, welche letztere die Arbeiter an den Karten der Fortschrittspartei spannten, hat Weibel sein ganzes Leben lang betont, daß die Gewerkschaften nur dann ihre Mission erfüllen können, wenn sie ohne Rücksicht auf politische Anschauungen alle unter der kapitalistischen Ausbeutung Leidenden in ihre Reihen aufnehmen und deren wirtschaftliche Interessen verfolgen. Sein scharfer Sinn für die Praxis geht aus dem von ihm entwickelten Statutenentwurf hervor; dieser zeigt zugleich eine starke organisierte Ueberlegenheit gegen Schweizer. Weibel ist die Verkörperung der Demokratie, weil er von unten organisiert, im Gegensatz zu Schweizer, der seinen Organisationsbau von oben begann.

Müller behandelt die Geschichte der deutschen Gewerkschaften nur bis zum Sozialistengesetz; er ist der Ueberzeugung, daß für die spätere Zeit das Buch von Paul Umbreit: „5 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 bis 1915“ bis zu einem bestimmten Grade seine Arbeit ergänzt.

Als ein Vorzug des Buches ist es zu betrachten, daß der Verfasser im Schlußkapitel: „Theoretisches über die Gewerkschaftsbewegung“ den Leser mit den neuesten rechtsonderbaren Auffassungen, die hervorragende Arbeiterführer über die Gewerkschaftsbewegung hatten, bekannt macht. Unter ihnen war es wieder Schweizer, der als der beherrschende Anhänger Lassalles auf Grund des bekannten ehernen Lohngesetzes die Gewerkschaften für unfähig, ja sogar schädlich hielt. Das Verdienst von Marx war es, mit diesem von Lassalle aufgestellten Geseh aufgeräumt zu haben. Die Weiterbildung der Gewerkschaftstheorie in den Rahmen neuer Erkenntnis war fortan gesichert. Daß die Gewerkschaftsbewegung später noch mancherlei obskuren Auffassungen über ihren Wert für den Kampf der Unterdrückten um eine bessere Zukunft ausgesetzt war, hat das Geseh ihrer notwendigen Entwicklung nicht wesentlich beeinflusst. Und auch ihre heutigen Kritiker mögen sich gesagt sein lassen, was Müller am Schluß seines lehrreichen Buches über die Gewerkschaften sagt:

„Wie das Endziel, die sozialistische Gesellschaft, auch verwirklicht werden mag, die Arbeiterklasse wird es sein, die es herbei-

Zwischen Spartakus und Unabhängigen.

Lebedour zwischen zwei Stühlen.

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes ist mit ihren eigenen Waffen geschlagen worden: Nachdem sie ihre Beschlüsse gefaßt hatte, erschien von außen her eine Deputation der „Revolutionären Obereute“ und verlangte Aufhebung dieser Beschlüsse. Das Interessante ist, daß an der Spitze dieser Deputation Lebedour, Däumig und Richard Müller standen, die Vorkämpfer des linksradikalen Flügels in der U. S. P. D.

Der Spartakusbund hat sich aber selber nicht an sein Rezept gehalten, das doch dahin geht, daß eine Konferenz vor den einbringenden „Massen“ sofort in die Knie sinken und ihre Beschlüsse nach deren Willen revidieren müsse. Sie hat zwar mit Lebedour und Genossen verhandelt, aber die Verhandlungen sind, wie Liebknecht am Sonntag berichtete, ergebnislos verlaufen. Es handelte sich vor allem um die Teilnahme an der Nationalversammlung, die von den revolutionären Obereuten mit 26 gegen 18 Stimmen gefordert wurde, von der Spartakuskonferenz aber mit 68 gegen 23 Stimmen abgelehnt worden war. Hier wollte die Konferenz den Obereuten so weit entgegenkommen, daß sie ihren Beschluß nicht als prinzipiellen Antiparlamentarismus auslegen wollte. Aber von den übrigen Forderungen der Obereute erklärte Liebknecht, sie enthielten eine so scharfe Kritik an der bisherigen Tätigkeit des Spartakusbundes, daß jede weitere Verhandlung sich als zwecklos erwies.

Die Spartakuskonferenz gab aber ihrem Vorgesetzten über die Störung ihrer Tagung durch Lebedour und Genossen noch energischen Ausdruck durch einstimmige Annahme einer Resolution, die bedauernd feststellte, daß einige linksradikale Mitglieder der bauerlosen U. S. P. D. versuchen, Verwirrung in die Reihen der revolutionären Obereute und Vertrauensleute Groß-Verlins zu tragen.

Der Parteitag erklärt, daß er sich durch „diese Querstreiberer nicht beeinflussen lassen wird“.

Gleichzeitig mit dieser Ohrfeige von links bekommt Lebedour aber eine noch schallendere Ohrfeige von rechts von seinen bisherigen „Parteiliebhabern“ in der U. S. P. D. Die „Freiheit“ greift Lebedour, Däumig und Richard Müller in der allerheftigsten Weise an. Sie spricht von „parteiübergreifendem Treiben“ und wirft Lebedour und Genossen vor, sie haben die Organisation der revolutionären Obereute dazu mißbrauchen wollen, um die Anhänger der U. S. P. D. in das Lager einer anderen Partei, der Spartakus-Kommunisten, zu führen. Jetzt sei auch enthüllt, warum Lebedour und Genossen die Berliner Organisation gegen die Kandidatur Haases aufzusuchen versucht hätten:

Als Lebedour und seine Freunde sich weigerten, mit Haase auf eine Liste zu kommen, da glaubten die der Rückversicherung gewiß zu sein, da war die Liste Liebknecht-Lebedour schon fertig, da waren die revolutionären Obereute schon gewonnen. Jetzt sind ihnen die Felle davon geschommen und aus der erhofften Einigung ist nichts geworden.

Die „Freiheit“ findet es merkwürdig, daß Richard Müller und Däumig an einer so „nebensächlichen Frage“ wie der Wahlbeteiligung Anstoß genommen hätten, denn sie hätten sich doch erst vor kurzem aufs energischste gegen die Wahlbeteiligung erklärt. „Nur Lebedour“ — schreibt die „Freiheit“ — „ist sich konsequent geblieben, er war immer fürs Wählen und — Gewählt werden.“

Die „Freiheit“ klagt die Linksradikalen weiter an, daß sie bisher schon übergenug Verwirrung und Schaden in der U. S. P. D. angerichtet hätten.

Jede Parteiführung haben sie unmöglich gemacht, haben durch die Akertheit, an dem Zentralkomitee sich nicht zu beteiligen, alle Macht den Rechtssozialisten in die Hände gespielt. Jetzt aber denken wir, ist es genug, und wir erwirken von der Berliner Arbeiterschaft, daß sie diesem ungeligen Treiben endlich Einhalt gebietet.

Besonders unglücklich findet es die „Freiheit“ von Lebedour, daß er — im Gegensatz zu Däumig — nicht einmal den Takt gehabt habe, seine Mitgliedschaft in der Parteileitung niederzulegen, bevor er offen an die Parteiverammlung ging. Sie erklärt rund heraus, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit einem Manne, der eine solche Doppelrolle spielt, unmöglich ist.

Auf dem Wege dazu sind die Gewerkschaften nicht nur die Schrittmacher der Arbeiterpolitik, sie sind in jedem Falle die unbedingte Voraussetzung des endgültigen Sieges der Arbeiterklasse.“

Notizen.

— Gegen staatlich subventionierte Kunstausstellungen wendet sich in der „Frankfurter Zeitung“ Paul Westheim in einem Aufsatz an das preussische Kultusministerium. Er fordert, daß der Staat in Dingen der Kunst sich völlig neutral verhalte; jede staatliche Ausstellung laufe aber bei der Zahl von 17 000 Künstlern, die in Deutschland arbeiten, entweder auf eine „unübersichtliche Orgie des Angebots“ hinaus, oder, wenn die Zulassung beschränkt wird, auf die Scheidung in „eine vom Staat privilegierte und eine vom Staat verfertete Kunst“. Der Staat könne nicht mehr tun, als Ausstellungsräume der Künstlerchaft allgemein zur Verfügung zu stellen, möglichst kleine Räume, um deren adrewechselnde Benutzung die Künstlergruppen sich ganz unter sich zu eingen hätten. „Was in diesen Räumen geschieht, geht den Staat nichts an, fällt nicht unter seine Verantwortlichkeit und kann daher auch nicht als irgendeine von ihm privilegierte angesehen werden.“

Die Bemerkungen Westheims sind veranlaßt durch den ministeriellen Entschluß, wieder eine „Große Berliner Kunstausstellung“ zu veranstalten. Westheim vertraut den gegenwärtig für die Angelegenheit verantwortlichen Faktoren in der Regierung, daß sie keinen Weg wählen werden, der früheren Schäden weiter Vorstoß leisten würde.

— Ein Zwischensemester an der Berliner Universität. Auch die Berliner Universität hat sich entschlossen, vom 8. Februar bis 16. April für Studierende aller Fakultäten zur Förderung der Kriegsteilnehmer ein Zwischensemester einzulegen. Es wird als Studienssemester angesehen.

— Schillertheater. Kodelburgs alter Schwanz. Der Reifebegleiter. Den das Schillertheater hervorgeholt, gehört zu den feinsten und zahlreichsten Exemplaren dieses Genres, in denen der gute Wille des Zuschauers, sich einmal formlos tödlich auszulassen, auf seine Rechnung kommt. Einmal vom Berufs wegen durch lange Jahre die Bühnenmobilität zu verfolgen hat, weiß, wie selten jenes Ziel, über dessen Anstrengung die Leute von der Literatur meist nur die Lippen zuden, auch nur halbwegs erreicht wird, weiß, daß die Treffer hier nicht weniger scharf als anderswo gefaßt sind. In der Regel wird der Besucher sich als Geschlechter fühlen, der das Vergnügen, am Abend ein paar mal ein Geschlechter anzuschlagen, alles in allem mit einem Ueberdruß verdrücklicher Langeweile hat erlaufen müssen.

Hier stellt sich die Bilanz um vieles günstiger, zumal der Autor, ein höherer Techniker des Rechts, sich einige seiner besten Einfälle zur Lösung des leichtgeschürzten Anotens aufgespart hat und die mit nur geringen Unterbrechungen durchgehaltene vergnügte Stimmung am Schluß noch effektivere liefert.

Die nicht wüsteren, doch kühneren Humore wurden durch eine temperamentvoll harte Darstellung, der man die Lust und Liebe zur Sache ansah, glücklich unterfüßt.

*) Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis zum Jahre 1878 von Hermann Müller. Preis geb. 8 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 2.

Wir haben nun also glücklich links von der alten sozialdemokratischen Partei drei Parteien zu verzeichnen: Die U. S. P. D., den Spartakusbund und die von beiden Seiten herantretenden Linkradikalen. Jede der drei behauptet, den allein echten Ring des Radikalismus in der Prinzipienfestigkeit zu besitzen, und hat soviel damit zu tun, die beiden anderen Gruppen als Quertreiber und Verräter zu titulieren, daß sie schon fast gar nicht mehr zum Schimpfen auf die Mehrheitssozialisten und überhaupt nicht zum Kampf gegen das Bürgertum kommen. Dabei steht die zahlenmäßige Anhängerzahl dieser Gruppen in kläglicher Gegensatz zu ihrer Mannigfaltigkeit und Wichtigkeit. Alle drei zusammen haben noch nicht den fünften, wahrscheinlich noch nicht den zehnten Teil der Wähler hinter sich, die zur alten Partei halten.

Ein Bild völliger Zerfahrenheit und Auflösung! Die U. S. P. D. ist in drei Teile zerfallen, die sich wahrscheinlich in kurzem gegenseitig aufreiben werden. Sie hat damit das notwendige Schicksal einer Partei erfahren, deren Weisen in reiner Negation bestanden hat. Solange der Krieg dauerte, war diese Politik zur Not möglich. Als die Partei aber nun vor die Frage gestellt war, zur positiven Arbeit überzugehen, da versagte sie — sie mußte ihrer ganzen Vergangenheit nach verfallen. Der größte Teil ihrer Mitglieder kam aus der Oppositionsbequemlichkeit des konsequenten Neinsagens, zu der man sie erzogen hatte, nicht heraus, und der einsichtiger Teil der Führerschaft mußte sich selbst tragend zugestehen, daß ihnen der Versuch positiver Arbeit durch das „alberne“ Sichauschließen der von Ledebour verführten Gefolgschaft aus dem Zentralkomitee unmöglich gemacht worden ist. Das sind die Kräfte einer reinen Agitationspolitik! Alle Schuld rächt sich auf Erden.

„Schäbige Kampfweise.“

Gewerkschaftsbeamte als Bekämpfer der Gewerkschaften?

Unter dem obigen Titel entwirft sich die „Freiheit“ darüber, daß wir auf die Gewerkschaftsführer hingewiesen haben, die im Spartakusbund eine offene Lätigkeit gegen die Gewerkschaften entfalten. Sie schreibt über „Nachregelungen“ und zitiert den Satz: „Wer nicht partiiert, der fliegt.“

In der „Freiheit“ scheint einige Begriffsverwirrung zu herrschen. In der gleichen Nummer der „Freiheit“ wird es als ungeheure Zerknirschung Ledebours erklärt, daß er nicht sein Amt in der Parteileitung der U. S. P. D. niedergelegt hat, bevor er an die Parteiprengung ging. Mit den Gewerkschaftsführern ist es genau dasselbe. Wenn die Hebert und Lange zu der Überzeugung gelangt sind, daß die Gewerkschaften nicht mehr die richtige Organisationsform des Proletariats sind, so ist es ihre Sache. Aber ehe sie nun hingehen und diesen Standpunkt in einer Partei propagieren, welche die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einer Gewerkschaft für unvereinbar mit ihren Parteiprinzipien erklärt und sogar eine Austrittsagitation aus den Gewerkschaften anregt, war es ihre selbstverständliche Anstandspflicht, vorher ihre Ämter in den Gewerkschaften niederzulegen. Gewerkschaftsbeamte zu sein und die Gewerkschaften zu bekämpfen, halten wir für eine Moral mit doppeltem Boden, und wenn die „Freiheit“ das nicht einseht, so glauben wir, daß dieses mangelhafte Begriffsverständnis nur von wenigen geteilt werden wird.

Der Vorsitz im Schulvorstande.

Ein Lehrer schreibt uns: Die geistlichen Ortschulinspektoren sind befehllos. Obgleich viele von ihnen ihre Unfähigkeit zur Beauftragung der Lehrer offen bekennen, sind sie jetzt doch bedrückt, weil sie einen Teil ihrer Herrschaft verloren haben! Aber sie trösten sich damit, daß ihnen ein anderer und zwar sehr erheblicher Teil des Einflusses auf die Schule noch geblieben ist. Das ist der Vorsitz im Schulvorstande.

Auch dieser alte Rest muß sofort abgeschafft werden. Die Historiker haben bereits den geistlichen mitgeteilt, daß ihnen der Vorsitz im Schulvorstande, wo er ihnen bisher von den Regierungen übertragen war, auch weiterhin verblieben sei. Daraus ist ersichtlich, daß man großen Wert darauf legt, an dieser Stelle die Bevormundung der Lehrer weiter ausüben zu können. Auf dem Lande ist es nämlich so, daß meistens die geistlichen den Vorsitz im Schulvorstande haben. An manchen Orten, namentlich in Gesamtschulverbänden, ist er auch den Gemeindevorstehern übertragen worden; in seltenen Fällen den Lehrern. Dieser ist in kleinen Orten mit einlässigen Schulen der einzige Sachverständige in Schulfragen und daher der natürliche Vorsitzende des Schulvorstandes. Die Lehrer verlangen daher, daß den geistlichen auch der Vorsitz im Schulvorstande sofort entzogen wird. Wo es irgend anging ist, soll er den Lehrern übertragen werden.

Zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ist Baron Langewiesch von Simmern ernannt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen der Krankenkassenangestellten.

Eine von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vorrede zum 30. Dezember einberufene Versammlung der Krankenkassenvorstände erörterte nochmals die Forderungen der Kassenangestellten. Wie der Vorsitzende Wendig berichtete, haben die von den Kassenvorständen in ihrer vorigen Versammlung gefassten Beschlüsse die Angestellten nicht befriedigt. Jene Vorstanderversammlung hatte den Vereinbarungen, die über die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern, über die Grundsätze für die Entlassung überflüssig gemordener Hilfskräfte und über die zur Minderung der Entlassungsnotwendigkeit durchzuführende Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Verband der Bureauangestellten getroffen worden waren, nur mit Einschränkungen zugestimmt. Sie hatte sich dafür erklärt, die Arbeitszeit auf 7 Stunden zu verkürzen, und diesen Beschluß einzuwickeln auf die Zeit bis zum 1. April 1919 erstreckt. Nicht angenommen hatte sie die Bedingung, für Personaleinstellungen stets nur den Verbandsnachweis zu benutzen. Auch hatte sie sich gegen die inzwischen hinzugekommenen neuen Forderungen ausgesprochen, den Angestellten eine zweite einmalige Teuerungszulage und diese auch den jetzt wiedererregten Kriegsteilnehmern zu geben und die Arbeitszeit am Sonntag auf 6 Stunden zu beschränken. Der Verband hat in einem Schreiben, das am 21. Dezember in Wendigs Hände gelangte, um Einigung bis zum 24. Dezember ersucht. Falls sie nicht zustande käme, würden weitere Schritte vorbehalten. In der erneuten Versammlung stellte Wendig fest, daß es unmöglich war, die Kassenvorstände in so kurzer Frist zusammenzurufen. Er legte nochmals dar, daß die Befristung auf den Verbandsnachweis hindern würde, auch mal von anderenwo eine tüchtige Kraft zu holen, daß am Sonntag bei Verkürzung der Arbeitszeit um noch eine Stunde eine rechtzeitige Abrechnung unmöglich wäre, daß nach der erst vor mehreren Wochen gefassten einmaligen Zulage die geforderte zweite die jetzt ohnehin meist notleidenden Kassen aufs Schwerste belasten und sie zur Erhöhung der Beiträge zwingen würde. In der Versammlung waren auch Vertreter des Bureauangestelltenverbandes

des eingeladen worden, um die Angelegtheitenforderungen nochmals und in größerem Kreise zu begutachten. Braunschweig berichtete, bei den Angestellten habe die Ablehnung einiger ihrer Forderungen große Erregung hervorgerufen. Er rügte, daß bei den Abtrünnigen vor Beschlußfassung nicht wieder der Verband gehört worden sei. Eine Verständigung müsse noch jetzt erreicht werden. Krüger bestritt, daß bei den Kassen schon soviel für die Angestellten getan worden sei, wie nach der Verteuerung aller Lebensmittel usw. zu erwarten gewesen wäre. Da seien die Löhne in der Industrie doch ganz anders gestiegen. Den Beschluß der Kassenvorstände müsse man dahin auffassen, daß die siebenstündige Arbeitszeit schon am 1. April 1919 wieder durch achtstündige ersetzt werden soll. Redner erklärte, er bekämpfe „die zum Teil ganz sinnlosen Streiks“. Bei Rückzubekommen einer Einigung werde es aber, glaube er, nicht möglich sein, die Angestellten von Schritten abzuhalten, die er bedauern würde. Auch Mühle erklärte, die Stimmung der Angestellten sei so, daß er nicht mit leeren Händen zu ihnen zurückkehren dürfe. Die weitere Erörterung zeigte, daß über den Beschluß bezüglich der Arbeitszeitverkürzung ein Mißverständnis vorgelegen hat. Es sei von vornherein Absicht der Kassenvorstände gewesen, später neu darüber zu verhandeln, was nach dem 1. April geschehen soll. Auch über die übrigen Punkte gingen die Meinungen nicht so weit auseinander, wie es zunächst schien. Einander näher zu kommen, mochte besonders Alb. Kohn mit Erfolg. Krüger erklärte dann, bei einer Verständigung über die Arbeitszeit nach dem 1. April werde bezüglich der übrigen Punkte der Verband mit sich reden lassen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag zu, nochmals mit dem Verband zu verhandeln.

Verband der Vertreter der Postbranche, E. S. Berlin, Geschäftsstelle: Charlottenburg, Spelstr. 10. In einer in der Handeltammer von mehr als 800 Vertretern der Branche befaßten öffentlichen Versammlung des Verbandes wurden folgende Forderungen aufgestellt und durch eine Resolution einstimmig genehmigt: 1. Kollektive Einstellung der Kriegsteilnehmer, welche vor dem 1. August 1914 bei der Firma tätig waren auf mindestens drei Monate zu einem der jetzigen Zeit entsprechenden Gehalt. 2. Nachzahlung der im Jahre 1914 gefassten Gehälter. 3. Zahlung einer einmaligen Entschädigungssumme oder Teuerungszulage, ohne Anrechnung auf die erhaltene Unterstützung. 4. Gleichmäßige Beförderung der Kunden der Geschäftsinhaber und derjenigen der Reisenden. 5. Meist von dem Betrage der eingesparten Ordere der Reisenden mehr als 10 Prozent unangeführt, so sind doch 90 Prozent Provision zu entrichten, es sei denn, daß der Prinzipal nachweist, daß die Auslieferung wegen Involvierung der Kunden oder wegen höherer Gewalt unterblieben ist. 6. Feststellung des Provisionsanspruches aus den Büchern durch den Reisenden. 7. Alle bestehenden Verträge sind laut obigen Forderungen abzuändern.

Die Rückzahlung der bei Kriegsausbruch gemachten Gehaltsabzüge. Der in der Morgenausgabe vom 21. Dezember 1918 des „Vorwärts“ enthaltene Artikel hat einen großen Kreis von Angestellten bezw. früheren Angestellten mit großer Sensation erfüllt. Einer der vielen Einsender schreibt hierzu: Es bedeutet in der Tat auch nichts weiter als die Wiedergutmachung eines schreienden Unrechts, das sich die Chefs haben zu Schulden kommen lassen. Meine Frau war vor dem Krieg zehn Jahre mit einer kurzen Unterbrechung bei der Firma E. E. Mezner, Wäscheausstattungen, als Wäscheputzweiberin tätig. Sie bezog bei Kriegsausbruch ein Gehalt von 110 M. monatlich. Gleich nach Kriegsausbruch, im Anfang August 1914 trat der Chef der Firma, ein Herr Lange, an seine Angestellten heran mit der Erklärung, daß er mit Rücksicht auf die Lage nicht im stande sei, das bisherige Gehalt weiter zu zahlen, sondern daß er es auf 60 Mark monatlich schon für August 1914 kürzen müsse. Die Angestellten mußten sofort schriftlich ihr Einverständnis damit abgeben. Weil sich die Entwicklung der Dinge damals nicht absehen ließ und allgemein doch nur mit einer ganz kurzen Kriegsdauer gerechnet wurde, erklärten sich die Angestellten damit einverstanden. Einzelnen Angestellten hat der Chef überdies mündlich und geschäftswelt erklärt, daß er beabsichtige, bei gutem Geschäftsgang die gemachten Abzüge nachzuzahlen. Das ist aber nicht geschehen, obwohl die Vorauszahlung dazu gegeben war. Das Wäschegetriebe hat sich im Anfang des Krieges nicht verwickelt, sondern geblüht, so daß im August 1914 Sonntagsgeld bei geläufigem Gehalt geleistet werden mußte. Es wurde z. B. sehr viel seidene Wäsche für Offiziere für das Feld zu guten Preisen geliefert. Außerdem gelangte bekanntlich der enorme Varenvorrat nach und nach vollständig zum Ausverkauf und zu Weizen, die das Bestehen des Gehalts und ausreichenden Gewinn zuließen.

Die Gehaltskürzung auf 60 M. dauerte etwa 6 Monate, dann wurden 85 M. gewährt, dann 100 M. und erst nach etwa 11 Monaten wurde das frühere Gehalt gezahlt. Eine Einforderung der einbehaltenen Beträge von der Firma ist nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich und deshalb muß das durch Verordnung möglich gemacht werden. Firmen der gleichen Branche sollen schon bald die anfangs vorgenommene Gehaltskürzung aufgehoben und die gestützten Beträge nachgezahlt haben.

Groß-Berlin

Im Alten Schloß.

In einem Besuche des Alten Schlosses hatte das Finanzministerium die Vertreter der Presse eingeladen. Die Besichtigung brachte uns in einem Punkt eine Enttäuschung. Nach den durch die Besichtigung angerichteten Verwüstungen der Außenseite hatten wir uns auf ein ähnliches Bild im Innern gefaßt gemacht. Drinnen ist aber nicht viel von Verwüstungen zu sehen, und selbst an der „Doppelampfont“ nach dem Lustgarten hinaus bemerkt man in den Sälen und Korridoren nur wenig Spuren des Kampfes. Die alleingig in großer Zahl zerstörten Fensterscheiben sind ziemlich das einzige, was sogleich auffällt. Die Gläser sind übrigens schon dabei, diesen Schaden auszubessern, vor allem an der Wetterseite. In einigen Räumen haben wir noch Maschinengewehre, die auf Tischen aufgestellt und gegen die Fenster gerichtet waren. Auf der Schloßplattform bedrohte ein Maschinengewehr die Freitreppe, die es in ganzer Ausdehnung beschießen konnte. Diese Waffen gehörten zur Unterlassenschaft der Matrosendivision. Sie werden inzwischen mit die gestern gerade zur Zeit unseres Besuches ihren Umzug beendet, aus dem Schloß verschwinden sein.

In einem anderen Punkt wurden leider durch das, was wir zu sehen bekamen, alle unsere Erwartungen überboten. Die Diebe, von denen das Schloß geplündert worden ist, haben in fast unglaublicher Weise darin gehaust. Aus den Raumräumen ist verhältnismäßig wenig geraubt worden, obwohl auch dort mehrere Silber und eine größere Zahl kleiner Kunstgegenstände den Dieben in die Hände gefallen sind. Viele Kunstwerke von hohem Wert waren schon im November durch das Finanzministerium, das den Inhalt des Schlosses in seiner Obhut hatte, an anderer Stelle untergebracht und bewahrt worden. Am schlimmsten ist es in den Räumen hergegangen, die von dem früheren Kaiser und seiner Gattin bewohnt worden waren. Völlig ausgeraubt sind die Garderoben. In den Räumen sieht es aus, wie es in Öppchen nach dem Zusammenfall ausgefallen haben mag. Alle Spinde, Kisten, Koffer, Schachteln und sonstigen Behälter sind geöffnet und ausgeräumt, und wüst liegen die Reste ihres Inhalts durcheinander auf dem Fußboden. Gepündert wurde auch in den Wohnräumen, mehrere Schreibtische wurden zerstört und ausgeraubt, geleerte Stühle herum, und dem Schlafzimmer des ehemaligen kaiserlichen Ehepaares sind auch Betten als willkommene Beute davongeschleppt worden. Die Wandteller haben aber auch Verringeres nicht verschmäht. Sie haben dort in einem anderen Teil

des Schlosses untergebrachten Divisionskammer ihre sich oft wiederholenden Besuche abgestattet und dabei mitgehen lassen, was wertvoll und bemerkbar schien.

Eine von der Matrosendivision eingerichtete Kriminalabteilung hatte die Aufgabe, von den geraubten Gegenständen wieder herbeizufinden, was erwerbbar war. Es ist ihrem Leiter, dem Matrosen Jürgens, gelungen, eine immerhin recht ansehnliche Sammlung solcher Diebesbeute zusammenzubringen. In einem Raum ist der Ertrag aufgestellt. Wertvolles und Wertloses, neben zwei mit Brillanten besetzten Ringen des früheren Kaisers und seinem ebenso kostbar ausgestatteten Feldmarschallsstab, neben Orden mit Brillantenschmuck, neben silbernen und vergoldeten Uhrengehäusen auch allerlei Kram, z. B. Lokalenmähen, Schuhe und ähnliches. Die meisten dieser Gegenstände sind den Räubern noch innerhalb des Schlosses wieder abgenommen worden. Unter ihnen befanden sich neben Matrosen und anderen Soldaten auch Zivilpersonen, die in den Wochen zwischen dem 8. November und dem 24. Dezember sich Zutritt zum Schloß verschafft hatten. Bisher überhaupt gestohlen worden ist, wird niemals genau festzustellen sein. Man schätzt die verlorengegangenen Werte auf ein Vielfaches der Wiedererlangten.

Künftig wird das Schloß nur von Militär bewacht werden. Eine Wiederholung solcher Raubereien wird man hoffentlich zu verhindern wissen.

Minderung der Milchportion.

Von morgen früh ab wird bis auf weiteres auf die CI-Karten $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch ausgegeben. Im übrigen erfolgt die Milchlieferung gemäß der Bekanntmachung vom 28. 12. 18.

Die konstituierende Versammlung der Deutsch-Oesterreichischen Kolonie Berlin findet am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, im Theater des Westens statt. Zutritt nur gegen Legitimation (Paß, Heimatschein usw.).

Nationalversammlung und Eisenbahner. Ueber dieses Thema sprach Gen. Thurau vor einer fast besetzten Eisenbahner-Versammlung. Alle Diskussionsredner teilten seinen Standpunkt, daß Freiheit und Demokratie auf der freiwilligen Unterordnung der Arbeiter unter den Reichswissen beruhen muß. Mehrere Redner gaben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die weitaus große Mehrheit aller Beamten jetzt Sozialdemokraten seien.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung betonte die Versammlung, daß sie wie ein Mann hinter der Regierung Ober-Schreibemann stehen, und wenn es sein muß, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit mit allen, gerade den Eisenbahner zur Verfügung stehenden schärfsten Mitteln gegen den Terror kämpfen werden. Sie fordert weiterhin jeden Beamten auf, nur die Vorschlagslisten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Wahlen zur Nationalversammlung abzugeben.

Landwirte. Die Amtsenthebung des Bürgermeisters Dr. Behndorf durch den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat hat zu einer Verhandlung im Ministerium des Innern unter der Leitung der Minister Hirth und Ernst geführt, in der zwischen dem Gemeindevorstand und dem Arbeiterrat folgende Vereinbarung getroffen wurde: Die Beteiligten sind sich darüber einig, daß eine Amtsenthebung nur durch die Regierung erfolgen darf, nicht aber durch den Arbeiter- und Soldatenrat. Bürgermeister Dr. Behndorf wird zum besten des Friedens innerhalb der Bürgerwehr unter wöhrter Wahrung seiner Ansprüche Urlaub nehmen, bis die Regierung nach Prüfung der zur Rechtfertigung der Amtsenthebung vorgebrachten Unterlagen sachlich Stellung genommen hat. In der Zwischenzeit führt der geschiedene Stellvertreter, Schöffe Wein, unter Überwachung des Arbeiter- und Soldatenrats nach Maßgabe der Regierungserlasse und der geschiedenen Bestimmungen die Geschäfte des Bürgermeisters. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird verpflichtet, alle von ihm beschlossenen Privatakte des Bürgermeisters und die Akten der Baugesellschaft herauszugeben. Der Schlüssel zum Schloß des Bürgermeisters ist bereit, die beschlossenen Akten und die in seinem Schreibtisch befindlichen Akten dem Minister des Innern zur Durchsicht zu übergeben.

Seht die Wählerlisten ein!

Schöneberg. Die nachbenannten Genossen haben sich bereit erklärt, für Wähler, welche keine Zeit haben, in die vom 30. Dezember bis 6. Januar im Neuen Rathaus ausliegenden Wählerlisten Einsicht zu nehmen: Genosse Karl König, Tempelhofer. Ecke Berlin-Luther-Str. 69; Kurt Henkel, Reimingerstraße 7; Bernhard Spittel, Reichburger Straße 5; Gustav Laborius, Maxienstr. 21; Heinrich Schotte, Düren Platz (Friedenauer Ostseite), Kleinhase, Sieger-Platzstraße-Ecke; Maria Krause, Vejasstraße-Ecke; Rob. Rosenhals, Friedrich-Str. 12; Franz West, Koberger Straße Nr. 12, dort 8 Tr.; Friedrich Baumgart, Goldstraße 15; Paul Wilde, Rollendorferstraße 18; Wache, Neue Winterfeldtstraße 2; Karl Wische, Siegfriedstraße 9; Wilhelm Stenzel, Gohensriederstraße 2; Folger, Kaffhäuserstraße 11; Franz Kübler, Gohensriederstr. 52.

Brick. Die Listen liegen aus bis zum 4. Januar im Einwohnern-Berateramt, Chausseestr. 50, von 10-14 Uhr, aus; Sonntag und Montag in den Wahllokale von 3-7 Uhr. Die Wahllokale werden durch Plakatschilde bekannt gemacht.

Friedrichshagen. Nachmittags von 8-2 Uhr und Sonntags von 9-1 Uhr in der Einwohnernmeldestelle Wilhelmstr. 1. Für Wähler, die verhindert sind, die Listen selbst einzusehen, übernimmt Gen. Haberland, Wilhelmstr. 28, die Einsichtnahme.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

„Revolutionäre Zeitenwende.“

Dieses Thema wurde am Neujahrstag in mehreren sozialdemokratischen Volksversammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands behandelt. Im Wäthertal wurde nach den Referaten der Genossen Poffe und Grünwald lebhafter Aussprache folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung nimmt mit Enttäuschung von dem verbreiteten Vorbehalt des Vertreters der russischen Sowjetrepublik, Nadek, Deutschland gemeinsam mit Russland in einen neuen, auf deutschem Gebiet zu führenden Kriege gegen die Entente zu stehen, dementsprechend. Sie legt auf das schärfste hiergegen Verwahrung ein und behauptet, daß dieser Vorbehalt in einer deutschen politischen Versammlung, der Reichskonferenz des Spartakusbundes, welcher allerdings nur einen verschwindenden Bruchteil der Bevölkerung vertritt, unmissverständlich geblieben ist. Die Versammlung betont, daß sie die Durchführung des sozialistischen Programms nicht mit den Waffen, sondern auf friedlichem Wege erstrebt.

Reinickendorf. Freitag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Rantow, Schönholz 14, große öffentliche Versammlung. Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun spricht über: „Der Webaufbau Deutschlands durch die Nationalversammlung.“

Friedrichshagen. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums in der Treckow-Allee Frauenversammlung. Referentin ist Genossin W. Juchacz.

Beschwerden über Lebensmittelgeschäfte nimmt Genosse Waldmann, Waderseeit. 20 L. entgegen.

Reichenau. Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr, im Reform-Neuanstalt, Reichenau, Hansstr. 4, Volksversammlung. Heinrich Schulz spricht über: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Schule und Kirche.“

Marzahn. In einer aufgeschobenen Versammlung sprach am 29. Dezember Genosse H. Schacht über die Wahl zur Nationalversammlung. Es liegen sich eine Anzahl Männer und Frauen in die Partei aufnehmen, jedoch die Gründung eines Ortsvereins vorgenommen werden kann. Anmeldungen zur Partei und zum „Vorwärts“-Abonnement nimmt der Genosse Pawlowski entgegen.

